
DIE LINKE.

Ausgabe I / 2011

Das HDZ kommt - Auswirkungen jetzt schon absehbar

Die im Stadtrat vertretenen Parteien haben, abgesehen der Mandatsträger der Linksfraktion, für die Errichtung des HDZ (Handels- und Dienstleistungszentrum) an der Hindenburgstraße gestimmt. Selbst die Grünen, die 2006 noch gegen das Projekt gestimmt hatten, tragen die Errichtung im Rahmen



der Ampelkooperation nun mit. Die städtischen Grundstücke, um die es dabei geht, sind seit dem 23.03.2011 im Besitz des Essener Investors, um die "Mönchengladbacher Arcaden" zu realisieren.

Die Folgen der Errichtung der „Arcaden“ sind jetzt schon absehbar. Obwohl die Kosten des Baus selber von den Essener Investoren mfi übernommen

Ab Seite 5 DIE LINKE. im Rat der Stadt

werden, hat die Stadt die Kosten der Infrastruktur zu tragen. Schon jetzt laufen verschiedene Straßenbauprojekte, um das Konzept aufgehen zu lassen. Viel Geld wird wieder in Beton und Teer investiert, obwohl die Haushaltslage der Stadt mehr als brisant ist und obwohl es sich hierbei um ein reines Prestigeobjekt handeln wird – ein wirtschaftlicher Aufschwung des Einzelhandels im Stadtzentrum ist nicht zu erwarten – und wenn, dann nur mit negativen Folgen für die anderen Bezirke der Stadt.

Ein Argument für den Bau der Arcaden ist der hohe Anteil leerstehender Ladenlokale in der Stadt. Vergessen wird jedoch, dass der Bau einer Einkaufspassage, die das HDZ nun mit einbeziehen wird, nicht nur außerhalb war, dieses Problem zu lösen sondern selbst an einen enormen Leerstand leidet. Im Falle, dass das HDZ hochwertige Geschäftszweige anlockt - dem Einzelhandel auf der Hindenburgstraße wird der Todesstoß verpasst, gerade jetzt wo sich dieser wieder langsam erholt.

Frühstückstreff!

Erlebnisse über die ARGE austauschen, Tipps weitergeben, plaudern und dabei noch gut frühstücken!

Jeden letzten Donnerstag im Monat Erwerbslosen Frühstück im Büro DIE LINKE. MG, Hauptstr. 2 ab 10:00 Uhr.

Einfach mal vorbeikommen!

Aber auch die anderen Bezirke werden durch den Bau benachteiligt. Gerade für die Rheydter BürgerInnen ist die Errichtung ein Schlag ins Gesicht. Jahrzehntelang propagierten CDU und FDP ein bipolares Einkaufskonzept der Standorte Mönchengladbach und Rheydt, wonach ein Pendelverhalten der Konsumenten unterstellt worden war. An der Sinnhaftigkeit wurde bis zuletzt sogar in den eigenen politischen Reihen gezweifelt, was natürlich keine MandatsträgerInnen eingestehen wollten. Zum einen wird kaum jemand zwischen den beiden Standorten hin- und herpendeln, einzig, um wirklich jedes Geschäft in der Stadt „abzuklappen“. Andererseits würde auch ein unüberwindbares logistisches Problem bei den ÖNVP - Betreibern entstehen, schaut mensch sich doch nur die überfüllten Busse zu den normalen Einkaufszeiten an. Wie soll denn in dieser Hinsicht ein einwandfreier Transport der Menschen sichergestellt werden, wenn neben den ArbeitnehmerInnen auch noch, mit großen Einkaufstaschen beladene, Shoppinggänger auf freie Sitz- und Stehplätze an den Haltestellen warten?

Entsprechend wurde in den letzten Jahren die Bipolarität der beiden Bezirke aufgelöst – beginnend damit, dass kein Standort mehr über ein Alleinstellungsmerkmal durch den Einzelhandel verfügt. Die Geschäfte, die nur in Rheydt existierten – existieren nun auch in Mönchengladbach und umgekehrt. Der nächste

Schritt wird sein, dass drüber hinaus Mönchengladbach– Zentrum durch die Arcaden konkurrenzlos wieder ein Alleinstellungsmerkmal erhält. Der Einzelhandel in Rheydt wird ausgetrocknet – städtebaulich sinkt die Attraktivität von entsprechenden Projekten.

Doch auch der Einzelhandel in den Randbezirken wird betroffen sein. In der Konsequenz können sich die Menschen in der Stadt darauf einstellen, für ihre Konsumbedürfnisse lange Wege in die Innenstadt in Kauf zu nehmen. Der kurze Gang um die Ecke entfällt.

„Friedliche“ Atomenergie:

Einen neuen Sarkophag für Tschernobyl in der Ukraine – und einen für die UAA in Gronau!

„Tschernobyls Sarkophag dümpelt vor sich hin, er hat Risse, er bröckelt und wenn nicht bald etwas geschieht, wird es laufen wie in Japan. Europa wird dann von einem neuen Tschernobyl heimgesucht werden“, so der Ukrainer Nikolaj Wlassow.

Schwarzseher ist der 63-jährige Wlassow nie gewesen. Noch im November 1985, also ein halbes Jahr vor der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, hatte der auf Katastrophenschutz spezialisierte hochrangige Offizier der sowjetischen Armee in einer Kommission zur Überprüfung der Sicherheit von Atomkraftwerken mitgearbeitet. Dabei war die Gruppe zu der Auffassung gekommen, dass Tschernobyl eines der sichersten Kraftwerke der UdSSR sei.



Nikolaj Wlassow hat am 27. April 1986 die Atomstadt Pripjat evakuiert. Er warnt vor einem neuen Tschernobyl durch den maroden Sarkophag.

(Foto und Artikel von: Bernhard Clasen)

Drei Stunden nach der ersten Explosion war Wlassow wieder nach Tschernobyl beordert worden, wo er die Evakuierung der Zivilbevölkerung aus der Atomstadt Pripjat leitete. Den Bau der riesigen Betonhülle, auch „Sarkophag“ genannt, um den havarierten Reaktor hatte er aus nächster Nähe beobachtet.

Die Staaten der Europäischen Union sollten den Rat dieses Fachmannes beherzigen, der eine neue Betonhülle um den Reaktor von Tschernobyl einfordert. Denn die Ukraine, so Wlassow, wird für einen derartigen Kraftakt niemals die finanziellen Mit-

tel aufbringen können.

Noch brauchen wir nicht dastehen und hilflos mit ansehen, wie sich ein zweites Tschernobyl anbahnt. Der Sarkophag von Tschernobyl, so Wlassow, ist auf 30 Jahre ausgelegt.

Uns bleiben noch maximal fünf Jahre für die Abwendung dieser neuen Atomgefahr in Europa.

Atomanlage in Gronau

Das nordrheinwestfälische Gronau wäre sicherlich eines der vielen verschlafenen Städtchen in NRW, hätte es nicht die Urananreicherungsanlage (UAA).

Deren Betreiberfirma URENCO, die u.a. RWE und EON gehört, beliefert die ganze Welt mit angereichertem und abgereichertem Uran. So musste URENCO inzwischen einräumen, auch den Fukushima-Betreiber Tepco mit Uran versorgt zu haben. Auch Russland blieb vor URENCOs Wohltaten nicht verschont. Tausende Tonnen von abgereichertem Atommüll, Uranhexafluorid (UF₆), wurden in den vergangenen Jahren von Gronau in das am Baikalsee gelegene Städtchen Angarsk gebracht, wo er in rostenden Fässern unter offenem Himmel die Gesundheit der Bevölkerung, vor allem der Kinder, bedroht. Dieser abgereicherte Atommüll ist auch chemisch gefährlich. Bei Kontakt mit Wasser oder Luftfeuchtigkeit setzt das UF₆ Flusssäure frei, die lebensgefährliche Verätzungen verursachen kann. Und wenn es zu einem Unfall mit diesem Material kommt, wird URENCO jegli-

che Verantwortung von sich weisen.

Ich unterstütze die Forderung von Nikolaj Wlassow nach dem Bau eines neuen Sarkophages in Tschernobyl. Doch wir können hier nicht stehen bleiben:

Auch auf die Urananreicherungsanlage in Gronau ist sofort ein Sarkophag zu bauen!

25 Jahre Tschernobyl - Gedenken und Aktionen

Am 26. April 2011 jährt sich die Katastrophe von Tschernobyl. Deswegen organisiert ein überparteilicher Arbeitskreis eine Aktionswoche (Plakat unten). In diesem Rahmen berichtet Bernhard Clasen am 27.4. um 19:30 Uhr auf der Hauptstr. 2 über die medizinischen, ökologischen und politischen Folgen der Reaktorkatastrophe.



Verkehrspolitik von vorgestern

Auf der letzten Sitzung der Bezirksvertretung Nord legte die Stadtverwaltung einen Beschlusssentwurf vor, der bereits mit dem Fahrplanwechsel im Juni deutliche Verschlechterungen der Mobilität der Menschen in unserer Stadt mit sich bringt. Damit will man bereits in diesem Jahr 132.000 € einsparen. Allerdings ist das, so die Aussage der Vorlage, nicht ohne Angebotskürzungen möglich.

Diese Einsparungen werden, das wird zugegeben, keine direkten Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben, sie kommen überwiegend der NVV und der EWMG zugute, die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt seien nicht bezifferbar.

Wie sehen die Einsparungen im einzelnen aus?

- 1) Die Buslinie 5 Von Waldhausen Sternstrasse über Hermges und Hardterbroich zum Hbf. wird an Samstagen eingestellt.
- 2) Die Buslinie 23 zum HQ wird in Zukunft nur noch stündlich fahren
- 3) An Samstagen wird die Blockabfahrt der Busse vom Hauptbahnhof Mönchengladbach und vom Marienplatz Rheydt um eine Stunde verlängert und zwar in der Zeit von 7.35 bis 8.35 Uhr.

Die Veränderung der Blockabfahrten hat zur Folge, dass in dieser Zeit die Taktzeiten von 20 auf 30 Minuten verlängert werden, also bei jeder der

Mario Bocks

Bezirksvertreter
Nord

„DIE LINKE hat in allen politischen Gremien gegen die Einsparungen im ÖPNV gestimmt. Die Autovorrang Politik kommt uns viel teurer!“



betroffenen 16 Buslinien wird eine Fahrt eingespart und so die Mobilität vieler Menschen erheblich eingeschränkt.

In geradezu zynischer Weise heißt es in der Beratungsvorlage:

„Die geplanten Linienänderungen.... berücksichtigen die Belange der Schüler und Familien. Die Maßnahmen stellen jedoch in Teilen eine Kürzung des ÖPNV-Angebotes dar, wodurch sich auch der Bewegungsradius für Kinder und Familien ohne PKW geringfügig einschränkt. Die Angebotskürzungen beschränken sich auf Fahrten außerhalb der Schulzeiten, so dass die Qualität des Schülerverkehrs nicht eingeschränkt wird“.

Nach Ansicht der Verwaltung ist es kein Problem, wenn Menschen ohne PKW mit ohnehin eingeschränkter Mobilität weitere Einschränkungen hinnehmen müssen. Und das Mobilitätsbedürfnis von Schülern beschränkt sich in den Augen der Ver-

waltung auf Fahrten von und zur Schule.

Die Einsparung durch Einführung der Blockabfahrten am Samstagmorgen soll 45.000 € bringen. Eine Milchmädchenrechnung! Es ist nicht vorhersehbar, wie viele Menschen aufgrund der Fahrplanänderung wieder auf den PKW umsteigen, so dass es unter Umständen zu keiner Einsparung kommen wird.

All' dies ist die Fortsetzung einer seit Jahrzehnten in dieser Stadt betriebenen Autovorrangpolitik, die den Erfordernissen einer modernen, ökologisch-nachhaltigen Verkehrsplanung widerspricht.

Besonders befremdlich ist es, wenn aus der Fraktion der Grünen zwar deutliche Kritik an dieser Politik geäußert wird, gleichzeitig aber den Kürzungen zugestimmt wird. Wie passt das zu ihrem eigenen Anspruch, die „Ökologische Kraft“ in diesem Land zu sein?

Die Linke lehnt diese Politik ab. Wir wollen eine Verkehrspolitik, die die Mobilität der Menschen verbessert und die Belange der Umwelt und des Klimaschutzes berücksichtigt. Deshalb brauchen wir einen Ausbau des ÖPNV .

Notwendig ist eine Verkürzung der Taktzeiten insbesondere an Wochenenden und eine Verbesserung der Übergänge vom Bus- zum Bahnverkehr vor allem in den Abendzeiten. Wir brauchen Anreize zum Umstieg vom Individualverkehr zum ÖPNV.

Schulpolitik im Gespräch

Johannes Frommen, Mitglied im Schul- und Bildungsausschuss, spricht mit Angelika Hofmann von der Mönchengladbacher Initiative Gesamtschule (MIGS).

Frommen: Hallo Frau Hofmann. Vielen Dank für Ihre Bereitschaft, über die Arbeit der Gesamtschulinitiative Mönchengladbach zu berichten.

In Mönchengladbach ist der Zuspriech für die Gesamtschule ungebroschen. Die Hälfte eines Jahrgangs möchte auf die Gesamtschule. Warum ist die Gesamtschule bei den Eltern so beliebt?

Hofmann: Die Gesamtschule hält alle Wege zu Schulabschlüssen offen. Eltern müssen nicht schon für ihr zehnjähriges Kind entscheiden, was es einmal in der Schule erreichen kann. Für viele Eltern ist die Gesamtschule auch eine „Hoffnungsschule“ – auch aus meinem Kind kann noch was werden.

Frommen: Die sechste Gesamtschule wird zum kommenden Schuljahr

Johannes Frommen

Sachkundiger
Bürger im Schul-
und Bildungsausschuss und
Bezirksvertreter
Ost



„Wir werden uns für die Einrichtung weiterer Gesamtschulen einsetzen.“

eröffnet. Dennoch können 444 Kinder nicht berücksichtigt werden. Was sagen Sie als Initiative den Eltern?

Hofmann: In den letzten 30 Jahren hat sich in der Schulformfrage in Mönchengladbach und anderswo nur etwas bewegt, weil sich Eltern engagiert haben. Ohne das Engagement der Eltern z.B. in der MIGS hätten wir heute keine 6. Gesamtschule. Das hilft zugegebenermaßen den Eltern nicht, deren Kinder jetzt nicht aufgenommen wurden. Diese Eltern sollten darauf achten, dass ihr Kind an der Schule, an der es jetzt aufgenommen wird, einen guten Start hat. Auch an diesen Schulen wird ihr Kind etwas lernen und dann kommt es nach der Klasse 10 eben in die Oberstufe einer Gesamtschule.

Frommen: Also gibt es noch Bedarf? Weitere Gesamtschulen wären notwendig? Sehen Sie Möglichkeiten in Mönchengladbach?

Hofmann: Die nächsten Schritte zu einem integrierten Schulangebot in Mönchengladbach müssen gut geplant sein. Wir brauchen für mindestens 50 % eines Jahrganges ein Angebot in einer Schule, die alle Kinder gemeinsam besuchen. Dabei sind verschiedene Schritte möglich. Wir wünschen uns, dass die Eltern im Anmeldeverfahren zu den Gesamtschulen einen Zweit- und Drittwunsch für eine Gesamtschule angeben können. Damit könnten Kapazitäten an bestehenden Gesamtschulen besser genutzt werden und Eltern, die sich z.B. in Mülfort

anmelden, würden nicht abgewiesen, sondern hätten die Chance, an einer anderen Gesamtschule aufgenommen zu werden.

Sicher muss in Mönchengladbach auch darauf geachtet werden, wie viele gymnasiale Oberstufen noch sinnvoll bedient werden können. Wir haben jetzt 15 Oberstufen an Gymnasien und Gesamtschulen und 6 Berufskollegs mit Ausbildungsangeboten, die auf ein Studium vorbereiten. Mit Nachdruck muss in Mönchengladbach die Frage geklärt werden, welche Rolle die Gemeinschaftsschule als integrierte Schule der SI bei der Deckung der Elternnachfrage nach längerer gemeinsamer Bildung übernehmen kann. Wenn hier für die Eltern gelebte Zusammenarbeit zwischen einer Gemeinschaftsschule und einer benachbarten Gesamtschule erkennbar ist, ist das auch eine Option, die ich mir vorstellen kann.

Frommen: Anschlussfrage: Wie sollte sich das Schulsystem denn insgesamt entwickeln?

Hofmann: Das von der letzten CDU / FDP Regierung eingeführte achtjährige Gymnasium koppelt das Gymnasium von den anderen Schulformen deutlich ab. Die CDU hat ihren Frieden mit der Gesamtschule gemacht. Auch wenn wir uns das nicht wünschen, läuft in NRW alles auf eine Zweigliedrigkeit hinaus. Wenn dies so kommt, wird es wichtig sein, dass sich beide Schulformen den Aufgaben stellen, die vor uns liegen: bessere Chancen für Kinder mit Mi-

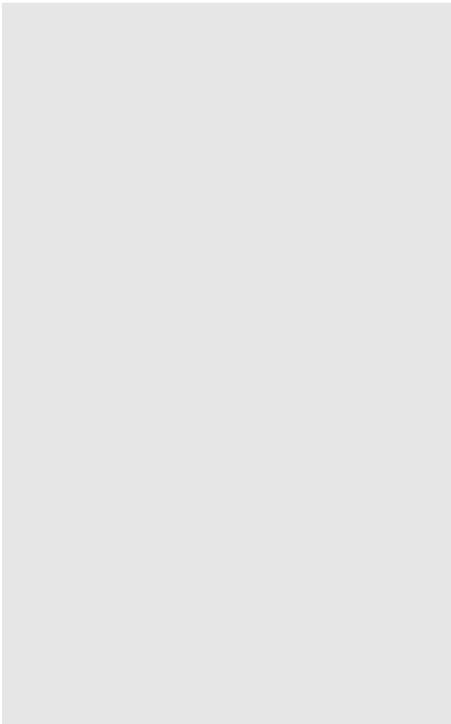
grationshintergrund, Einbeziehung von Kindern mit Beeinträchtigungen und Behinderungen. Wenn dann noch jede Schule verpflichtet ist, die Kinder, die sie in Klasse 5 aufnimmt, auch bis zur Klasse 10 zu fördern, dann wird sich die Schule auch von Innen in unserem Sinne verändern.

Frommen: Herzlichen Dank für dieses Gespräch.

Klarer Trend gegen Hauptschule

Die von der Stadt vorgestellten Anmeldezahlen für die weiterführenden Schulen kommentiert Johannes Frommen wie folgt: „Ein klarer Trend gegen die Hauptschule ist zu verzeichnen. Es gibt nur noch 327 Anmeldungen im zweiten Anmeldezug.“

Dies seien 44 Anmeldungen weniger, als noch im Vorjahr. Auch bei Realschulen und Gymnasien seien die Anmeldezahlen rückläufig. „Für die Eltern scheint die Gesamtschule eine Alternative zu sein. 1.198 Eltern wählten für Ihre Kinder diese Schulform.“ Das nur 754 Schüler/innen berücksichtigt werden konnten, bedauerte der schulpolitische Sprecher der Partei DIE LINKE.



Impressum / V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. MG / Torben Schultz
Hauptstraße 2
41236 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 9 79 22 43

Fax: 0 21 66 / 9 79 22 42

E-Mail: buero@die-linke-mg.de

Web: www.die-linke-mg.de

BürgerInnensprechstunde:

Jeden Montag von 18:00 – 19:00 Uhr führt die Fraktion der Partei DIE LINKE. im Rat der Stadt Mönchengladbach in ihrem Büro Hauptstraße 2 (Fußgängerzone Rheydt) eine BürgerInnensprechstunde durch.

Durchgeführt wird die Sprechstunde jeweils von einem Mitglied im Rat der Stadt oder der Bezirksvertretungen. Es besteht auch die Möglichkeit, sich telefonisch mit seinen Fragen oder seinem Thema anzumelden. Telefon: 02166-9792249.